

Mitglieder-Info

Januar 2009

Liebe Genossinnen und Genossen,



die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise erreichen das Alltagsleben. Die Zahl der Arbeitslosen in Hamburg wird sprunghaft ansteigen – von 70.000 im Dezember 2008 auf bis zu 100.000 Ende 2009. Wir werden dies auch in Altona zu spüren bekommen, wo im Dezember (immer noch) 8.700 Menschen ohne Arbeit waren – mit der bekannten unterschiedlichen Verteilung auf die Stadtteile des Bezirks: So lag die Arbeitslosenquote in Altona-Altstadt im Juni 2008 (bezogen auf die Altersgruppe der 15-65-Jährigen) bei 8,8%, in Groß Flottbek demgegenüber bei „nur“ 1,4%.

Wachsende Arbeitslosigkeit wird zwangsläufig auch die Zahl der Menschen, die auf Leistungen nach Hartz IV angewiesen sind, in die Höhe schnellen lassen. Im März 2008 (neuere Zahlen liegen für Bezirke und Stadtteile nicht vor) bezogen 25.500 AltonaerInnen die dürftigen Sozialleistungen nach Hartz IV. Auch hier zeigt sich wieder die unterschiedliche räumliche Verteilung, die für die soziale Spaltung des

Bezirks so charakteristisch ist: Sie schwankt zwischen einem Anteil von 17,5% in Lurup und einem Anteil von 0,9% im Elbvorort Nienstedten. Diese Kluft wird sich im weiteren Verlauf des Krisenprozesses noch vertiefen.

Die schwarzgrüne Landesregierung tut bisher wenig, um hier gegenzusteuern, und verheddert sich stattdessen in der Bekämpfung der vielen Brände, die die Finanzmarktkrise und die eigene Politik gelegt haben. Man kann natürlich die explosionsartig angestiegenen Kosten der Elbphilharmonie als Konjunkturprogramm zu verkaufen suchen. Gut bei der Bevölkerung kommt das nicht an.

Das trifft auch auf die bis heute anhaltende Schönrederei in Sachen HSH Nordbank zu, die uns der Ex- (Peiner) und der (noch) amtierende Finanzsenator immer noch als »im Kern gesund« anpreisen. Dabei haben deren Ausflüge in die Welt des Casino-Kapitalismus mit Außenstellen auf den Kaimann-Inseln schon jetzt zu Abschreibungen auf »vergiftete« Wertpa-

piere in der Größenordnung von drei Mrd. Euro gezwungen und zu einem Verlust von schätzungsweise, so die neuesten Zahlen aus der Bildzeitung, von ca. zwei Mrd. Euro geführt. Dazu beigetragen hat sicherlich auch, dass die Bank im Geschäftsfeld Schiffsforderungen wegen der Weltwirtschaftskrise massive Einbußen hinnehmen muss. Und das Ende der Fahnenstange ist noch längst nicht erreicht. Selbst die jetzt in Aussicht genommene Schrumpfung der HSH auf eine bescheidene Regionalbank kostet viel Geld, das die beiden Hauptpartner, also Hamburg und Schleswig-Holstein, nicht haben.

Zu diesem drohenden haushaltspolitischen Desaster kommt die saftige Klatsche hinzu, die der Landesrechnungshof Schwarzgrün in Sachen Sanierung der Schulbauten verpasst hat. Zur Beseitigung dieser Malaise wollte der Senat ein Sondervermögen gründen, um darüber in ÖPP-Projekten öffentliche oder private Unternehmen mit der Instandsetzung der maroden Schulen zu beauftragen. Referenzpunkt war dabei das Modell »Hamburg Süd«, bei dem die GWG Gewerbe (SAGA GWG) seit 2007 mit der Sanierung und dem Gebäudemanagement von 32 Harburger Schulen betraut worden ist.

Der Rechnungshof hat dem Senat nun in einem Prüfbericht erstens bescheinigt, dass der für dieses ÖPP-Projekt gegenüber einer Eigenrealisierung durch die Behörde behauptete Kostenvorteil nicht nachweisbar ist, sondern im Gegenteil sogar eine zusätzliche Belastung des Haushalts droht. Zweitens rüffelt der Rechnungshof in deutlichem Ton die Ausschaltung der Bürgerschaft bei der Entscheidung über Ausgaben in der Größenordnung von 40 Mio. Euro. Die logische Konsequenz müsste sein, das Projekt Sondervermögen auf der Müllhalde zu entsorgen und in Zusammenarbeit mit den Beschäftigten der zuständigen Schulbehörde und der Schulen über eine Sanierung der Schulen in Eigenregie zu beraten. Ob der Senat soviel Klugheit und politischen Willen aufbringt, darf bezweifelt werden.

Von Klugheit ist der schwarzgrüne Senat auch mit seinem Antikrisenprogramm weit entfernt. Bisher sind lediglich 250 Mio. Euro an vorgezogenen Investitionen vorgesehen. Im Übrigen hofft man, ein entsprechendes Stück vom Kuchen des von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Konjunkturpakets II abzubekommen. Diese Haltung unterschätzt völlig die ökonomischen und sozialen Probleme, die auf die Stadt zukommen, und setzt allein darauf, dass der »Konjunkturmotor« bald wieder anspringt. Dafür spricht allerdings gar nichts.

Unsere Fraktion in der Bürgerschaft hat das Passivität des Senats kritisiert und ein eigenes Antikrisenprogramm (Strukturprogramm) in die parlamentarischen Beratungen eingebracht, mit dem die soziale Spaltung in der Stadt (u.a. Sozialticket, kostenloses Mittagessen in Kitas) bekämpft, zusätzliche Arbeitsplätze (u.a. in Schulen und Kitas) geschaffen und Zukunftsinvestitionen (in Schulen, Infrastruktur, Gesundheit) auf den Weg gebracht werden sollen. Es hat ein Volumen von etwa 2,7 Mrd. Euro. Motto: Klotzen statt Kleckern – und zwar in Richtung einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung. (Das Programm kann von der Website der Bürgerfraktion heruntergeladen werden).

Sozialdaten Altona – Stadtteile

	Migran- tinnen % 2007	Arbeits- losigkeit % 6-2008	Hartz IV % 3-2008	Wahlbet. BZW* % 2008	DIE LINKE BZW* % 2008
Hamburg gesamt	14,8	6,0	11,7	61,1	7,4
Bezirk Mitte	25,1	8,3	18,5	50,1	10,2
Bezirk Harburg	20,3	8,3	17,4	54,8	8,2
Bezirk Altona	15,2	5,7	10,4	65,1	9,2
Altona-Altstadt	23,5	8,8	16,8	63,6	13,7
Sternschanze	24,9	6,6	14,2	63,5	16,2
Altona-Nord	22,2	7,8	15,0	66,1	13,4
Ottensen	15,8	5,6	9,4	72,5	10,6
Bahrenfeld	16,6	6,0	10,1	66,6	8,5
Groß Flottbek	15,6	1,4	1,2	80,9	3,0
Othmarschen	11,2	1,5	1,1	80,1	2,7
Lurup	15,6	7,5	17,5	55,4	8,5
Osdorf	13,6	6,5	14,8	62,8	6,1
Nienstedten	9,9	1,6	0,9	81,9	1,6
Blankenese	9,9	1,7	1,6	81,9	2,4
Iserbrook	7,4	4,4	6,6	71,4	5,1
Sülldorf	9,8	5,0	6,5	73,4	5,1
Rissen	6,0	2,5	2,7	85,7	3,7

* Wahlen zu Bezirksversammlungen; für Stadtteile Bürgerschaftswahl 2008

Zugleich formiert sich auf Landes- und Bundesebene der Widerstand gegen die absehbaren Folgen der Wirtschaftskrise und die falschen Rezepte der herrschenden ökonomischen und politischen Eliten. So ist für den 12. Februar 2009 eine DGB-Demo unter dem Motto »Finanzmärkte regulieren, Rezession bekämpfen, Löhne erhöhen, Casino schließen jetzt!« geplant.



Die Finanzmärkte regulieren. Der globale Finanzkapitalismus ist erodiert. Der Neoliberalismus ist weltweit gescheitert. **Jetzt:** Öffentliche Kontrolle ausbauen, riskante Finanzprodukte verbieten, Spekulationssteuer einführen, Steueroasen trocken legen ...

In die Zukunft investieren. Öffentliche Einrichtungen und Infrastruktur sind in katastrophalem Zustand. **Jetzt:** Kitas, Schulen und Hochschulen sanieren, Krankenhäuser modernisieren, den Hafen zukunftsfest machen, den Sozialwohnungsbau verdoppeln, ...

Armut bekämpfen und Kaufkraft stärken. Fehlende Binnennachfrage und Exportabhängigkeit verschärfen die Krise. Reichtum und Armut wachsen. **Jetzt:** Löhne deutlich steigern, Mindestlohn durchsetzen, Hartz IV erhöhen, Bildungsgebühren abschaffen, Mittagessen + Lernmittel kostenlos abgeben, Tarifverträge sichern, ...

Arbeit schaffen und qualifizieren. Die Facharbeiterlücke und fantasielose Arbeitsförderung schwächen die Wirtschaft und die Perspektive von Erwerbslosen. **Jetzt:** Eine gewaltige Arbeitsmarkt- und Weiterbildungsoffensive starten, Ein-Euro-Jobs durch wirk-same sozialversicherte Maßnahmen ersetzen, Fachkräftelücke schließen, ...

DEMONSTRATION am 12. Februar um 16.30 Uhr
Gewerkschaftshaus

KUNDGEBUNG ca. 18 Uhr Gänsemarkt

Begrüßung: Erhard Pumm DGB
Reden: Jutta Blankau IGM + Wolfgang Rose ver.di

Es rufen auf: DGB - SPD Landesorganisation - SPD Bürgerschaftsfraktion - SPD Kreis Nord - Die LINKE HHSH - Die LINKE Bürgerschaftsfraktion
*Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di - Industriegewerkschaft Metall - Industriegewerkschaft BCE - Industriegewerkschaft BAU - Gewerkschaft NGG - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - Gewerkschaft der Polizei - Gewerkschaft TRANSNET - DKP - SPD 60 Plus - Jusos Barm-bek/Dulsberg - Chor Hamburger GewerkschafterInnen - ...

V.i.S.d.P.: Erhard Pumm, DGB Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Der Landesvorstand unserer Partei hat für die nächsten Monate eine Agenda verabschiedet, in die sich diese Demo, zu der wir mit aufrufen, einreicht:

- 12. Februar DGB-Demo
- 21. Februar Aktionskonferenz von Bürgerschaftsfraktion und Landesverband »Wir zahlen nicht für eure Krise« im Rathaus
- 5. März Demonstration zum Hamburger Haushalt
- 6.-8. März Attac-Kapitalismuskongress in Berlin
- 28. März Großdemonstrationen eines breiten Bündnisses in Berlin und Frankfurt unter dem Motto »Wir zahlen nicht für eure Krise«
- 3.-5. April Proteste gegen den Nato-Gipfel in Straßburg und Baden-Baden

Dass wir uns als Bezirksverband an der Formierung dieser breiten Protestbewegung beteiligen, dürfte unstrittig sein. Diskutieren müssen wir allerdings darüber, wie wir für Al-

tona zu einer Antikrisenagenda und einer Bündelung des gesellschaftlichen Protests kommen.

Wir haben deshalb auf der gemeinsamen Klausurtagung von Bezirksvorstand und -fraktion am 16. Januar eine Arbeitsgruppe beauftragt, bis März Vorschläge für die Schwerpunkte unserer bezirklichen Arbeit in diesem Jahr vorzulegen und dabei jeweils den Zusammenhang zwischen Bezirks-, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene zu thematisieren.

Desweiteren wollen Bezirks- und Fraktionsvorstand auf der Mitgliederversammlung im Februar eine Bilanz ihrer Arbeit im abgelaufenen Jahr und Schlussfolgerungen für die Zusammenarbeit von Partei und Fraktion vorstellen.

Mit solidarischen Grüßen

Beate Reiss und Bernhard Müller

SprecherInnen des Bezirksvorstands DIE LINKE.Altona

Aus der Bezirksfraktion

Perspektiven der Arbeit in der Bezirksversammlung und ihren Ausschüssen für das Jahr 2009 von Robert Jarowoy

Das Problem der bezirklichen politischen Tätigkeit in Hamburg besteht darin, dass die Bezirksversammlungen im Grunde genommen keinerlei Bedeutung haben. Rechtlich sind sie Verwaltungsausschüsse und eben keine Kommunalparlamente mit Selbstverwaltungs-Funktionen auf kommunaler Ebene.



Eingeklemmt zwischen der bezirklichen Verwaltung und den allmächtigen Fachbehörden, vor allem der Finanzbehörde und der BSU (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt), führen sie ein belangloses Dasein ohne jede wirkliche Entscheidungsmöglichkeit.

Selbst dort, wo bezirkliche Kompetenzen bestehen, z.B. im Bereich der Stadtplanung, also beim Aufstellen von Bebauungsplänen usw., schließt der Senat bei allen wirklich wichtigen Bereichen - in Altona z.B. dem Komplex der ehemaligen Bahnanlagen in Altona-Nord oder dem Volkspark - jede Mitwirkung der bezirklichen Ebene aus. Und bei allen anderen Entscheidungen behält er sich das Recht vor, sie zu evozieren, d.h. an sich zu ziehen. So geschehen beim Bürgerentscheid zum Erhalt des Bismarckbades und demnächst beim Bürgerentscheid zum Erhalt der Kleingärten, wo der Vertreter der BSU bei einer Sitzung des Planungsausschusses bereits unverhohlen ankündigte, dass die Finanzbehörde bei ihren Planungen zur Teilfinanzierung des Autobahndeckels sich sicherlich nicht mehr umstimmen lassen werde.

Da die Mehrheitsfraktionen CDU und GAL in Altona sowieso alles durchstimmen, was der Senat wünscht, und die SPD eher versucht, von der CDU als möglicher Partner ernst genommen zu werden, statt einen konsequent oppositionellen Kurs zu fahren, gibt es im Grunde genommen nur die Möglichkeit, über sehr aktive Bürgerinitiativen und evt. Bürgerbegehren bzw. Bürgerentscheide Gegendruck auszuüben, der dann manchmal ganz wundersame Folgen hat.

Denn alle noch so fulminant vorgetragenen Reden, alle noch so gut formulierten und ausgearbeiteten Anträge bewirken ohne den gleichzeitigen Druck der Initiativen auf der politischen Ebene gar nichts, allenfalls Hohn, Spott und Geifere - meistens ohne jede Öffentlichkeit - und dann die

einstimmige Ablehnung unserer Anträge.

Hintergrund sind natürlich zum einen die Mehrheitsverhältnisse, wobei CDU und GAL grundsätzlich und ausnahmslos alles gemeinsam durchstimmen, und die Situation, dass in Hamburg seit 1938 eine Einheitsgemeinde besteht, die alle kommunalen Selbstverwaltungsrechte, wie sie z.B. eine Kommune wie Wedel besitzt, auf die Senatsebene verschoben hat. Die Bezirke dürfen lediglich Empfehlungen aussprechen und die übergeordneten Beschlüsse der Fachbehörden abnicken und umsetzen. Sie sind somit lediglich Vollzugsorgane mit einer Pseudo-Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeit.

Insofern wäre die Veränderung dieser Grundstruktur der Einheitsgemeinde, also deren Abschaffung, eine der wichtigsten politischen Aufgaben, für die man auf der bezirklichen Ebene auch in den anderen Parteien viele heimliche Unterstützer finden würde. Dazu müsste aber eine Änderung der Hamburger Verfassung beschlossen werden, was nur in der Bürgerschaft oder durch einen Volksentscheid möglich ist. Ersteres ist völlig undenkbar, letzteres allenfalls, wenn man »Mehr Demokratie« als Träger so einer Volksinitiative gewinnen könnte. Das versuchen wir derzeit.

Was heißt das nun alles für unsere Bezirkspolitik in Altona?

Meines Erachtens müssen wir als vorrangiges Ziel die Unterstützung der vielfältigen Bürgerinitiativen vorantreiben, deutlich machen, dass wir uns hier im Bezirk konsequent an ihre Seite stellen und mit ihnen zusammen Druck aufbauen und die Schweinereien der anderen Seite aufdecken, an den Pranger stellen und dagegen Sturm laufen. Dies erfordert nicht nur das Zusammenwirken mit den Initiativen, sondern auch mit den sozialen und kulturellen Stadtteileinrichtungen sowie bestimmten Verbänden und Vereinen.

Ein Beispiel: Der Seniorenbeirat, ein Gremium, das aus Vertretern/innen aller möglichen Verbände (Gewerkschaften, Sportvereinen, kulturellen Einrichtungen, Parteien usw.) besteht, hat seine Forderung nach Aufrechterhaltung des Fußgängertunnels unter der Max-Brauer-Allee nur von uns unterstützt gesehen, was mit Sicherheit erheblichen Druck erzeugt hat. Jetzt ist das von allen anderen Parteien gewollte Projekt der Zuschüttung und Schließung des Tunnels gestoppt.

Ähnlich verlief es mit dem ursprünglich geplanten Abriss des Studiokinos in der Bernstorffstraße. Jetzt sollen Kino und Gewerbe dort plötzlich gesichert und statt einer fünfgeschossigen Bebauung nur noch ein dreigeschossiges mit Wohnen und Gewerbe zugelassen werden. Ein Erfolg der dortigen Initiative, wo CDU und GAL mit ihrem Schwenk verhindern wollten, dass wir dort als Vertreter der Anwohner dastünden.

Ähnlich läuft es in Iserbrook beim Buchenhof-Wald, wo insbesondere die SPD sehr bemüht ist, sich als die wahre Freundin der Anwohner/innen zu profilieren, tunlichst, ohne darauf hinzuweisen, dass der Vorsitzende des Planungsausschusses gleichzeitig Geschäftsführer des Abholz-Investors BVE (Bauverein der Elbgemeinden) ist, natürlich CDU-Mitglied.

Weitere Brennpunkte im Bezirk sind die Kleingärtner/innen mit ihrem jetzt anstehenden Bürgerentscheid, die von Abriss und/oder Edelsanierung bedrohten Bewohner/innen



des Elbtreppe-Ensembles in Neumühlen, das Bürgerbegehren in Blankenese gegen die Verunstaltung des Blankeneser Ortskerns, die Auseinandersetzungen um das Schanzenfest, die Zukunft der Großen Bergstraße, ihrer Bewohner und der Künstler dort, und, noch nicht ganz aktuell, die Perspektiven für das riesige ehemalige Bahnareal in Altona-Nord in Verbindung mit der geplanten Verlegung des Altonaer Fernbahnhofs nach Diebsteich. Aber auch die derzeit zurückgestellten Pläne zur Umgestaltung/Kommerzialisierung des Volksparks werden ebenso wieder auf den Tisch kommen wie die Schließung des Altonaer Museums, der Verkauf weiterer öffentlicher Gebäude und Grünanlagen (nach dem Verkauf des ehemaligen Jugend- und Gesundheitsamtes in der Jessenstraße geht es jetzt um den Verkauf des ehemaligen Finanzamtes in der Großen Bergstraße, der Gewerbeschule in der Museumsstraße neben dem Altonaer Theater, des nördlichen Teils des Jenisch-Parks und der Kleingartenflächen an der Behringstraße und am Volkspark).

Dies ist natürlich noch nicht alles, es kommen fast täglich neue Projekte der Privatisierung öffentlichen Raumes hinzu, und mit ihnen entwickeln sich erfreulicherweise auch die Proteste dagegen.

Hier liegt unsere Chance, gestalterisch miteinwirken zu können. Aber nur dadurch, dass wir die Öffentlichkeit informieren und die Initiativen mit unseren bescheidenen Mitteln unterstützen. Man sollte sich keine Illusionen machen, viel werden wir nicht erreichen können, aber wenn wir nur in unseren Ausschüssen und der Bezirksversammlung sitzen und darauf hoffen, dass irgendeiner unserer Anträge vielleicht auch mal von der SPD oder der FDP mitgetragen wird, werden wir gar nichts erreichen oder genauso in das System integriert werden, wie das mit der GAL geschehen ist.

Bahrenfelder Chaussee – Stresemannstraße: Radwegerneuerung ohne Verkehrssicherheitsaudit von Karsten Strasser

Bahrenfeld/Altona-Nord. Voraussichtlich noch in diesem Frühjahr sollen die Radwege im Straßenzug »Bahrenfelder Chaussee – Stresemannstraße« zwischen dem Abzweig »Von-Sauer-Straße« und der Kreuzung »Alsenstraße« für rund 1,2 Mio. Euro erneuert werden. Zu dieser Planung hatten alle Fraktionen gemeinsam in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 7.7.2008 die zuständige Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) aufgefordert, einen »Verkehrssicherheitsauditor« als unabhängigen Gutachter in den Planungsprozess einzubeziehen. Hintergrund dieser fraktionsübergreifenden Forderung war, dass der Verkehrsausschuss bei Neugestaltung der »Großen Elbstraße« mit einem unabhängigen Gutachter bereits gute Erfahrungen gemacht hatte: Zahlreiche Schwachpunkte der ursprünglichen Planung konnten so aufgedeckt und behoben werden. An diesem Beispiel zeigte sich, dass es sehr sinnvoll ist, behördliche Planungen von einem externen Gutachter überprüfen zu lassen, der nicht in Loyalitäten und Strukturen der planerstellenden Behörde eingebunden ist.

»Das Planungskonzept in Hamburg ist derart aufgestellt, dass das Sicherheitsaudit ein integraler Bestandteil ist«, entgegnete die BSU selbstgerecht in ihrer Antwort vom 20.11.2008 an den Verkehrsausschuss. Offenbar hält es die BSU für ausreichend, sich selbst zu kontrollieren. »Es sollen Sicherheitsaudits bei Neu-, Um- und Ausbau von Straßen durchgeführt werden«, heißt es dagegen in der Koalitionsvereinbarung (vgl. dort S. 36), die CDU und GAL im April 2008 abgeschlossen haben. Die GAL kann anscheinend nicht einmal mehr in der von ihr geführten BSU dafür sorgen, dass ein sinnvolles Ziel der schwarz-grünen Koalitionsvereinbarung tatsächlich durchgesetzt wird.

Dabei hätte die von der BSU zur Verkehrsausschuss-Sitzung am 15.12.2008 vorgelegte Planung für die Radwegerneuerung »Bahrenfelder Chaussee-Stresemannstraße« eine behördenunabhängige Begutachtung bitter nötig gehabt. So wären einige nicht zielführende bauliche Maßnahmen unterblieben, die jetzt für viel Geld umgesetzt werden und eine wirklich sinnvolle Förderung des Radverkehrs dort für viele Jahre unmöglich machen.

Jetzt wird es wohl bei der bisherigen Planung bleiben: Die Gehwegradwege in der Stresemannstraße und der Bahrenfelder Chaussee werden für viel Geld »optimiert«. Das bedeutet, die Radwege werden oft zu Lasten des Gehwegs verbreitert und komplett neu gepflastert. Schon bald wird das neue Pflaster durch die Wurzeln der Straßenbäume wieder die alten Unebenheiten aufweisen. Zwar beseitigt die Planung viele kleinere Probleme: Zum Beispiel werden bislang störende Maste der öffentlichen Beleuchtung versetzt und Konfliktzonen zwischen Radfahrern und Fußgängern im Bereich von Fahrgastunterständen der Buslinien entschärft. Aber das verfehlte Konzept der Gehwegradwege wird nicht aufgegeben, sondern weiter praktiziert. Viel sinnvoller wäre es dagegen, den Kantstein der Gehwege zu versetzen und den Radverkehr niveaugleich auf der Fahrbahn zu führen. Dazu müssen se-

parate Radfahrstreifen auf der Fahrbahn markiert werden. Dies wäre eine wirkliche Förderung des Radverkehrs, die es rechtfertigt, öffentliche Gelder dafür auszugeben. Das jetzige Planungsergebnis steht jedenfalls im krassen Gegensatz zur Selbstwahrnehmung der verantwortlichen Planer in der BSU, eine externe Begutachtung nicht nötig zu haben. Wäre dies tatsächlich so, hätte ihr Planungsergebnis anders aussehen müssen.



Aus der Partei

Rücktritt aus dem Altonaer Bezirksvorstand am 1.12.2008

Liebe Freundinnen und Freunde,
ich habe mein Mandat niedergelegt, vor allem aus dem Grund, weil ich doch festgestellt habe, dass ich keine Liebe zur Bezirkspolitik entwickeln kann. Als ich mich als Kandidatin aufgestellt habe, bin ich davon ausgegangen, dass es reicht, mein antifaschistisches Engagement in den Bezirk einzubringen. Das war leider eine Fehleinschätzung. Vorstandsarbeit im Bezirk heißt m.E. vor allem, die bezirklichen Politikfelder, welche DIE LINKE wichtig findet, aufzugreifen, anzustoßen, zu koordinieren und zu entwickeln. Das setzt eine Verankerung im Stadtteil voraus, vor allem aber sollte man bzw. frau Bock auf diese Politikfelder haben. Diese Lust konnte ich in der kurzen Zeit nicht gewinnen. Sicher hat auch dazu beigetragen, dass ich aus meiner Bündnisarbeit heraus gewohnt bin,

produktiver und handlungsorientierter zu diskutieren, dass ich mich im Vorstand relativ allein gelassen fühlte und dass mir »taktisches Politikverhalten« überhaupt nicht passt. Das sind aber Nebenwidersprüche, den Umgang damit gilt es zu erlernen. Wenn aber der Spaß an Stadtteilarbeit nicht da ist, dann nützt das alles nichts. Ich hoffe, dass Euch meine Beweggründe verständlich sind.

In der Partei werde ich mich jetzt verstärkt dem Aufbau einer antifaschistischen Arbeitsgruppe widmen. Ein erstes Treffen soll im Januar stattfinden. Mitstreiterinnen und Mitstreiter sind ausdrücklich willkommen. Kontakt: bwulf(at)hotmail.com

Birgit Wulf

Bericht von der Sitzung der Stadtteilgruppe Altona-Altstadt am 8.12.2008

Günter Pingel berichtet über von ihm in die Öffentlichkeit (Elbe-Wochenblatt, Abendblatt, Hamburg Journal, letztes Mitgliederinfo) getragene illegale Baumfällaktionen am Wittenbergener Elbhang. Für weitere Aktionen dagegen wird er Eckart ansprechen und weitere MitstreiterInnen suchen, um

über Flyer die AnwohnerInnen ansprechen zu können: DIE LINKE fordert Neuanpflanzungen!

Auch in Altstadt gibt es etwas Neues: Das ehemalige England-Terminal soll für Kreuzfahrtschiffe umgebaut werden. Entgegen zwischenzeitlichen Planungen soll diesen erlaubt



werden, ihre Stromversorgung während der Liegezeit durch eigene Maschinen zu betreiben. Dies hätte schädliche Emissionen aus der Verbrennung von Schweröl zur Folge. DIE LINKE fordert die Stromversorgung vom Land, die Mehrkosten für die dazu notwendige Umrüstung der Schiffe sollten für die Kreuzfahrt-Klientel kein Problem sein! Außerdem fordern wir, auf diesem Gelände auch Sportschiffen den Zugang zu ermöglichen.

Im Gebäudekomplex Neues Forum an der Großen Bergstraße haben die neuen Besitzer jetzt angekündigt, dass die Mieter während der für die nächsten Monate geplanten Sanierungsarbeiten bis zu zwei Wochen ihre Wohnung verlas-

sen müssen und äußern »Verständnis« dafür, wenn Mieter lieber gleich ganz kündigen möchten (!). DIE LINKE sollte eine Veranstaltung im Februar organisieren, um den MieterInnen Gehör zu verschaffen und ein sozial verträgliches Vorgehen zu fordern.

Für den Frappant-Komplex muss jetzt offenbar doch ein neuer Investor gesucht werden. Diskussionsbedarf – auch parteiintern – gibt es außerdem zur Zukunft des Fußgängertunnel zwischen Bahnhof und Neuer Großer Bergstraße.

Unsere nächste Sitzung findet am Montag, den 9.2., statt. Näheres in den Terminankündigungen.

Werner Haertel, Mitglied des Bezirksvorstands

Debatte

Die Heuschreckendebatte von Birgit Wulf

Nachdem im Mitgliederinfo 11/08 erneut der Begriff »Heuschrecke« aufgetaucht ist (S. 3, 2. Abs. »die australische Heuschrecke Babcock«) und vor einiger Zeit der Begriff die Überschrift eines unserer Flugblätter trug (»Heuschrecken fressen Altona«), möchte ich darüber in Diskussion treten.

Der Begriff »Heuschreckenschwärme« wurde von Franz Müntefering in einem Interview mit der Bildzeitung 2005 ins Gespräch gebracht, um ein »skrupelloses« Vorgehen einiger Finanzinvestoren darzustellen, welche bewusst Unternehmen zum Zwecke kurzfristiger Gewinnmaximierung zerschlagen. (»Heuschreckenschwärme fallen über ein Unternehmen her, grasen es ab und ziehen weiter«). Dabei zielte Münteferings Kritik nicht auf den Kapitalismus an sich ab, sondern auf seine »extremen« Auswüchse. Auch war seine Kritik nationalistisch gefärbt, da er ausländische, vor allem US-amerikanische Finanzinvestoren meinte, die über deutsche Unternehmen herfallen würden.

Der Begriff »Heuschrecke« meint heute z.B. Private-Equity-Gesellschaften und andere Formen der Kapitalbeteiligung mit mutmaßlich zu kurzfristigen oder überzogenen Renditeerwartungen, wie z.B. Hedgefonds. Eine Forderung der LINKEN ist es ja auch, diese Formen abzuschaffen, was meine Zustimmung hat.

Sofern aber der Blickwinkel zu sehr auf »extreme« Auswüchse der Kapitalverwertung gerichtet wird, geht die Gesamtkritik am Kapitalismus verloren. Der Begriff »Heuschrecke« suggeriert heutzutage den »bösen« Finanzkapitalisten im Gegensatz zum »guten« Realökonomiekapitalisten. Also die Unterscheidung des »raffenden« und »schaffenden« Kapitals, wie sie im deutschen Faschismus ihren propagandistischen Höhepunkt fand und zum Holocaust mit beitrug.

Produktion und Banksystem gehören jedoch im Kapitalismus zusammen, sie sind verschiedene Seiten einer Medaille. »Heuschrecken« fördern daher eine Vorstellung, dass es im kapitalistischen Wirtschaftssystem auch um etwas anderes gehen kann als um den maximalen Profit. Dieses Bild des »bösen« Finanzkapitals wird zudem mit einem Vergleich aus

der Tierwelt untermauert. Victor Klemperer hat sich in seinen Büchern ausführlich mit der Nazisprache auseinandergesetzt und dabei auch auf den Aspekt der Biologisierung der Sprache hingewiesen. Jede und jeder von uns zieht Vergleiche heran, um abstrakte Begriffe besser zu veranschaulichen. Aber: das in einem Wort eingeschlossene Bild hat die Tendenz, sich von der Einschränkung des Vergleichs und von der Anspielung zu befreien und in seiner naturhaften Bedeutung ernst genommen zu werden. Die Nationalsozialisten machten die jüdische Bevölkerung in ihrer Sprache zum »jüdischen Parasiten«. Sie entwickelten in der Sprache Bilder vom Parasiten, von Bazillen und Ungeziefer, von den Volksschädlingen, die sich in den Volksleib einfressen, ihn vergiften und zersetzen.

Wer den politischen Gegner mit »Schädlingen« vergleicht, spricht ihm das Menschsein ab und degradiert ihn zum Tier. Da die Natur keine Hemmungen kennt, quasi »grausam« ist, erlaubt diese Form des Vergleichs gleiches Verhalten. (Hitler: »Wenn die Natur grausam ist, dürfen wir es auch sein«). Humanitäre Grundsätze können in dieser Denkweise nicht mehr herangezogen werden. Wer von »Schädlingen«, »Parasiten«, »Kakerlaken«, »Heuschreckenplagen« redet, vermittelt somit bewusst oder unbewusst das Bild der Schädlingsbekämpfung, also der Vernichtung.

Meines Erachtens sollte zum einen eine Folgerung daraus sein: Vorsicht im Gebrauch und Aufnehmen der Sprache und der in ihr verkörperten Bilder und Vergleiche. Zum anderen halte ich es für wichtig, Heuschrecken wieder als das zu bezeichnen, was sie sind: nämlich schlicht und einfach Investmentgesellschaften.

Der Begriff »Heuschrecke« verwischt Klassengegensätze und weckt den Glauben an den guten und ehrlichen Kapitalisten. »Heuschrecken« unterscheiden nicht zwischen »raffendem« und »schaffendem« Kapital, für sie gibt es nur Privateigentümer und Besitzlose, Kapital und Rendite. Einen ähnlich kompromisslosen Blick der Besitzlosen mit Unterstützung der LINKEN würde ich mir daher wünschen.

Replik von Bernhard Müller



Selbstverständlich kann man an der Verwendung des Begriffs der »Heuschrecke«, wie bei allen Metaphern aus der Tierwelt, Anstoß nehmen, suggerieren sie doch »natürliche«, instinkthafte und damit unveränderliche Verhaltensweisen. Richtig an dem von Müntefering beschriebenen Agieren der als »Heuschrecken« charakterisierten Finanzinvestoren ist, dass sie Unternehmen aufkaufen, filetieren, was oft mit Massenentlassungen einhergeht, wieder mit hoher Rendite verkaufen und sich dann anderen Unternehmen zuwenden.

Es geht bei dem Gewicht, das diese Finanzinvestoren (Private-Equity-Gesellschaften, Hedgefonds etc.) in den letzten Jahrzehnten haben, allerdings nicht um »extreme Auswüchse« oder charakterliche Defekte einzelner Akteure, sondern um einen in den 1970er Jahren (vor dem Hintergrund der Überakkumulation von Kapital) einsetzenden Strukturwandel der kapitalistischen Welt in Richtung Finanzmarktkapitalismus. In den Unternehmen (also der Realökonomie) kommt es zu einer folgenreichen Machtverschiebung von den fungierenden Kapitalisten hin zu den Eigentümern bzw. »Rentiers« (Übergang zum »Shareholder value« in der großen Unternehmen und Aktiengesellschaften). Diese sich herausbildende Domi-

nanz der Finanzmarktakteure hat nichts mit »guten« oder »schlechten« Kapitalisten bzw. »schaffendem« und »raffendem Kapital« zu tun, sondern folgt der Logik und den inneren Widersprüchen der Kapitalakkumulation, die durch politische Entscheidungen verstärkt wurden (Flexibilisierung, Deregulierung, Privatisierung und Steuersenkungen zugunsten von Besserverdienenden und Vermögenden).

Die massive soziale Polarisierung (enormer Anstieg der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen einerseits, fallende Lohnquote, Hartz IV etc. andererseits), die die finanzmarktgetriebene Kapitalakkumulation kennzeichnet, reproduziert den Widerspruch zwischen dem Drang des Kapitals nach größtmöglicher Verwertung und der beschränkten Zahlungsfähigkeit der Massen auf höherem Niveau und wird schließlich durch eine politisch gestützte Schuldenökonomie (massive Förderung des kreditfinanzierten Häuserkaufs, Kredite aller Art für privaten Konsum etc.) auf die Spitze getrieben. Die größte Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise seit 70 Jahren ist die logische Konsequenz dieser Entwicklung.

Schlussfolgerung: Der von Birgit angemahnten Vorsicht im Gebrauch und Aufnehmen der Sprache können wir folgen, sehen allerdings bei der gelegentlichen Verwendung der Metapher der Heuschrecke in Flugblättern und Beiträgen die Gefahr der Missdeutung nicht, weil sie eingebettet ist in einen kapitalismuskritischen Deutungszusammenhang. Diskutieren sollten wir allerdings über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Weltwirtschaftskrise (und der Strukturen des Alltagsbewusstseins) in den 1930er Jahren und heute, auf die Birgit in ihrer Argumentation Bezug nimmt.

Bundespolitik

Solidarische Bürgerversicherung statt Gesundheitsfonds!

Am 1.1.2009 ist die Gesundheitsreform der großen Koalition in Kraft getreten

von Karsten Strasser

Insbesondere Menschen mit geringem Einkommen spüren heute im Krankheitsfall, wie teuer die eigene Gesundheit inzwischen geworden ist: Beitragserhöhungen, Praxisgebühr sowie Zuzahlungen bei Medikamenten, Krankenhausaufenthalten, Krankengymnastik und Zahnersatz. Bei frei verkäuflichen Medikamenten zahlt die Krankenkasse überhaupt nicht mehr. Während die Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen immer mehr zusammengestrichen werden, steigen die Beiträge.

Dieser Trend setzt sich mit der zum Jahresbeginn 2009 in Kraft getretenen Gesundheitsreform der großen Koalition fort. Ihr Kernstück ist der Gesundheitsfonds. Mit ihm wird die Finanzierung der Krankenkassen umgekrempelt: Seit Jahresbeginn wird der Beitragssatz nicht mehr jeweils durch die rund 200 bundesdeutschen Krankenkassen selbst festgelegt, sondern einheitlich durch die Bundesregierung. Es gilt seither einheitlich ein Beitragssatz von 15,5%.

Die Finanzierungsströme der gesetzlichen Krankenversicherung werden neu geordnet: Seit Inkrafttreten der Reform fließen die Beiträge der gesetzlich Versicherten in den Gesundheitsfonds. Bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrifft dies den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil des Beitrags. Außerdem erhält der Gesundheitsfonds einen steuerfinanzierten Zuschuss aus dem Bundeshaushalt. Der Fonds zahlt den gesetzlichen Krankenkassen dann einen festen Betrag pro Versicherungsnehmer.

In der Startphase soll der Gesundheitsfonds die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen zu 100% decken. Der einheitlich festgesetzte Beitragssatz für alle gesetzlichen Krankenkassen wird erst dann wieder erhöht, wenn die Einnahmen des Gesundheitsfonds nur noch 95% der Ausgaben decken.

Krankenkassen, die mit dem festen Betrag, den sie pro Versicherten aus dem Gesundheitsfonds erhalten, nicht auskommen, können Zusatzbeiträge bei den Versicherten erheben.



Der Zusatzbeitrag kann als fester Betrag oder prozentual zum Einkommen erhoben werden. Die Höchstgrenze beträgt 1% des Bruttoeinkommens. Ohne Einkommensprüfung dürfen monatlich bis zu 8 Euro zusätzlich gefordert werden. Bereits jetzt haben zahlreiche Krankenkassen angekündigt, im zweiten Halbjahr 2009 Zusatzbeiträge zu verlangen.

Gesundheitsfonds: Ein neoliberales Modell.

Massenarbeitslosigkeit und die massive Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse haben zur Aushöhlung der finanziellen Grundlagen der gesetzlichen Krankenversicherung geführt. Obwohl die Zahl der Beschäftigten in den letzten beiden Jahrzehnten noch gestiegen ist, stieg die Lohnsumme, auf die die Beiträge zur Krankenversicherung berechnet werden, nicht entsprechend, weil erstens die Löhne auch für die noch Vollzeitbeschäftigten stagnierten und die Zahl derer, die prekär beschäftigt sind und miserable Einkommen haben, deutlich zugenommen hat. Zu geringe Beitragszahlungen für mehr Menschen, die auf eine öffentliche Gesundheitsversorgung angewiesen sind, und die Kosten des medizinischen Fortschritts führen bei den gesetzlichen Krankenkassen zwangsläufig zu einer wachsenden Kluft zwischen Ausgaben und Einnahmen.

Die herrschende neoliberale Politik hat dieses Problem u.a. durch den schleichenden Ausstieg aus der ursprünglich von Arbeitnehmern und Arbeitgebern paritätisch finanzierten gesetzlichen Krankenversicherung zu lösen versucht: Zum 1.1.2004 wurde von der damaligen rot-grünen Bundesregierung die Praxisgebühr von 10,00 EUR eingeführt. Seit 1.7.2005 müssen die gesetzlich Krankenversicherten außerdem einen zusätzlichen Sonderbeitrag von 0,9% von ihrem Bruttoeinkommen für Krankengeldanspruch und Zahnersatz zahlen.

Der Gesundheitsfonds verstärkt diese soziale Schieflage im Gesundheitssystem. So wird der Arbeitgeberanteil des Krankenversicherungsbeitrags jetzt faktisch eingefroren. Für Mehrkosten sollen allein die Versicherten durch Zahlung von Zusatzbeiträgen aufkommen. Ähnlich wie die Senkung der Unternehmenssteuern in den letzten Jahren, ist der Gesundheitsfonds von dem neoliberalen Irrglauben inspiriert, dass es mit der Wirtschaft schon wieder aufwärts gehen wird, wenn die Unternehmen immer mehr entlastet werden.

Die SPD hat diese Gesundheitsreform in der großen Koalition mitgetragen, obwohl sie im Bundestagswahlkampf 2005 noch für eine Bürgerversicherung eingetreten ist. Dies zeigt einmal mehr, dass sich die Sozialdemokraten endgültig vom Wert der sozialen Gerechtigkeit verabschiedet haben.

Auch EmpfängerInnen von ALG II und Sozialhilfe müssen Zusatzbeiträge zahlen!

Sozial besonders ungerecht ist die Gesundheitsreform der großen Koalition für BezieherInnen von ALG II und Sozialhilfe. Auch sie müssen einen pauschalen Zusatzbeitrag von bis zu 8,00 EUR monatlich selber zahlen. Die monatliche Regelleistung für Sozialhilfe und ALG II beträgt zurzeit 351,00 EUR. Ein monatlicher Zusatzbeitrag von 8,00 EUR liegt damit deutlich über der Höchstgrenze von 1% des Bruttoeinkommens, die bei einkommensbezogener Beitragsfestsetzung gilt. Einziger Weg, den Zusatzbeitrag zu vermeiden, ist der Wechsel (Sonderkündigungsrecht) zu einer Krankenkasse, die zwar keine Zusatzbeiträge erhebt, dafür aber ihre Leistungen reduziert hat.

Alternative der LINKEN:

Solidarische Bürgerversicherung.

Eine Gesundheitsreform, die diesen Namen wirklich verdient, muss den sozialstaatlichen Auftrag des Gesundheitssektors wieder in den politischen Mittelpunkt stellen. Profiteure der Entsolidarisierung – wie z.B. Pharmakonzerne und private Krankenhauskonzerne –, die sich in den letzten Jahren immer mehr im Gesundheitssektor bereit gemacht haben, müssen zurückgedrängt werden. In einem ersten Schritt müssen die Profiteure der Pharmaindustrie durch Einführung einer Positivliste für Arzneimittel endlich begrenzt werden.

Als Grundlage für eine sozial gerechte Finanzierung der Gesundheitsversorgung fordert DIE LINKE, dass die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung eingeführt wird. Ihre Aufgabe ist es, die Gesundheitsversorgung für alle sicherzustellen. Die gesamte Bevölkerung soll in der gesetzlichen Krankenversicherung erfasst sein, die alle medizinisch notwendigen Leistungen trägt. Sämtliche Einkommen sollen einbezogen und die Beitragsbemessungsgrenzen deutlich angehoben und stufenweise abgeschafft werden. Bislang macht die Solidarität an der Beitragsbemessungsgrenze bzw. spätestens an der Versicherungspflichtgrenze halt, denn Besserverdienende zahlen keinen ihrem Einkommen entsprechenden prozentualen Beitrag oder weichen auf die privaten Krankenkassen aus. Außerdem muss die paritätische Finanzierung der Beiträge durch die Arbeitgeber wiederhergestellt werden.

Internationale Solidarität

Gaza: Bruch des Völkerrechts und der Genfer Konvention von Bernhard Müller

Die israelische Armee ist bei ihrem Feldzug gegen die Hamas mit großer Härte vorgegangen. Es sind über 1.400 Todesopfer zu beklagen und mehr als 5.450 Verletzte, und die zivilen Opfer machen je nach Quelle zwischen 50 und 90% aus. Die israelische Regierung hatte schon beim Beschluss zu diesem Krieg zivile Verluste bewusst in Kauf genommen: Die Tatsache, dass die Hamas-Kämpfer in der Bevölkerung verwurzelt und auch verstreut waren, war allgemein bekannt. Trotz des Blutbads dauerte es volle zwei Wochen bis zum ersten Ruf des Sicherheitsrates nach einer Feuerpause. Und kein westliches Land hat ernsthafte Schritte unternommen, um die israelischen Militärs zum Aufhören zu zwingen.

Nachdem die israelische Blockade der letzten zwei Jahre das soziale und wirtschaftliche Leben im Gazastreifen faktisch schon erstickt hat, wurde nun mit der Zerstörung von Wohnhäusern, Moscheen, Universitäten und Brücken auch noch der letzte Rest an zivilen Strukturen beseitigt.

Der Präsident der UN-Vollversammlung, Miguel d'Escoto Brockmann, warf Israel deshalb vor, mit seinen Angriffen gegen internationales Recht zu verstoßen und den völkerrechtlich bindenden Aufruf des Weltsicherheitsrates zum Waffenstillstand missachtet zu haben. »Gaza ist ... in eine wahre Hölle verwandelt worden«, sagte er. Zur »Hölle« gehörte der Beschuss auch von Krankenhäusern mit Phosphorbomben.

Es war während der israelischen Militäraktion außerordentlich schwierig, über die tatsächliche Situation im Gaza-

streifen Informationen zu erhalten, weil Israel trotz eines gegenteiligen Spruchs seines obersten Gerichtshofs keine Journalisten ins Kampfgebiet ließ. Der Gazastreifen war und ist rigoros abgeriegelt und die Zivilbevölkerung hat keine Möglichkeit zur Flucht. Zusätzlich wurde aus »Sicherheitsgründen« auch das Westjordanland von der Außenwelt abgeschnitten.

Die Meldungen über den Einsatz von Phosphor machen exemplarisch deutlich, mit welcher Brutalität die israelische Armee vorgegangen ist. Dazu lassen sich eine ganze Reihe von Beispielen anführen. Der Einsatz der geächteten Phosphormunition wurde von der israelischen Armee kurz nach Beginn des Militäreinsatzes dementiert. Angesichts einer sich häufenden Beweislast zog sie sich dann auf die Position zurück, Israels Waffengebrauch befinde sich im Einklang mit dem Völkerrecht.

Nach Ansicht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) verwendet die israelische Armee Phosphorgranaten zur Erzeugung von künstlichen Nebelwänden, um in deren Schutz Truppenbewegungen vornehmen zu können. Dieser Einsatz von Phosphor zur Verschleierung eigener Aktivitäten ist zwar nach dem Völkerrecht zulässig. HRW weist jedoch darauf hin, dass jeglicher Einsatz von Phosphor in dem extrem dicht besiedelten Gazastreifen unweigerlich die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft zieht und demnach als Verstoß gegen geltendes Recht gesehen werden muss.



Nicht zum ersten Mal sieht sich Israel mit dem Vorwurf konfrontiert, zur Erreichung seiner Kriegsziele Phosphorbomben zu verwenden. Auch im Libanon-Krieg gegen den Hizbullah sollen diese Bomben im Jahr 2006 zum Einsatz gekommen sein.

Die Brand- und Nebelwirkung dieser Bomben beruht auf weißem Phosphor. Die farblose bis gelbliche Substanz ist äußerst reaktiv und entzündet sich an der Luft von selbst. Die Substanz brennt bei Temperaturen von 1300 Grad Celsius und erzeugt dabei eine dichte weiße Rauchwolke. Solche Nebelwände dienen im Krieg dazu, dem Feind die Sicht zu versperren. Sowohl die Dämpfe als auch die Substanz selbst sind hochgiftig. Gelangen Phosphorpartikel auf die Haut, resultieren schmerzhafte Verbrennungen zweiten oder dritten Grades. Zum Teil sind die Verletzungen sehr tief, da sich die fettlöslichen Phosphorpartikel bis zum Knochen fressen können. Die Reaktion kommt erst dann zum Erliegen, wenn der weiße Phosphor vollständig verbrannt ist oder ihm der Luftsauerstoff entzogen wird.

Der Einsatz von Phosphormunition z.B. beim Artilleriebeschuss von Gaza-Stadt oder dem Flüchtlingslager Jabalia beschädigte deshalb zwangsläufig die Gesundheit vieler Zivilisten. So wurden laut einem Bericht des palästinensischen Menschenrechtszentrums PCHR am 10. Januar in der Stadt Khan Yunis zehn palästinensische Zivilisten, mehrheitlich Frauen und Kinder, wegen schwerer Atemnot hospitalisiert.

Nach Angaben der behandelnden Ärzte litten sie an einer von Phosphorgranaten verursachten Rauchvergiftung. Die britische Tageszeitung »Times« berief sich in einem Bericht auf den Direktor des Spitals in Khan Yunis. Demnach behandelte allein dieses Krankenhaus bisher über 50 Personen mit Brandwunden, die auf die Einwirkung von Phosphor zurückzuführen seien.

Die israelische Politik kann auf ihre militärischen Feldzüge sehr wohl verzichten und die Existenzbedingungen für die im Gazastreifen lebenden Menschen durch Aufhebung der Blockade usw. verbessern, ohne dadurch den Sicherheitsinteressen des Landes auch nur ansatzweise zu schaden. Das Gegenteil wäre vielmehr der Fall: Eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Palästinenser würde dem Fundamentalismus und den Angriffen der Hamas allmählich den Boden entziehen. Doch die politische Klasse Israels hat an einer dauerhaften Lösung des Palästina-Problems kein Interesse, sondern wird die Armee auch zukünftig periodisch zur Demonstration von Stärke und Verbreitung von Schrecken nutzen. Nur der Druck der internationalen Staatengemeinschaft könnte Israel zur Einhaltung der international geltenden Rechtsordnung und zivilen Standards veranlassen. Doch deren Agieren gegenüber dem von Israel praktizierten Gesetz des Dschungels schwankt zwischen Duldung und hilflosen Appellen.

Termine

Donnerstag, 22.1.2009

Bezirksversammlung Altona

Zeit: 18.00 Uhr; Ort: Altonaer Rathaus

Montag, 2.2.2009

DIE LINKE. Altona Bezirksvorstand

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Am Felde 2

Donnerstag, 12.2.2009

DGB-Demo: »Das Casino schließen«

Zeit: 16.30 Uhr; Treffpunkt: Gewerkschaftshaus

Freitag, 13.2.2009

Bürgersprechstunde mit Norbert Hackbusch

Zeit: 17.00-19.00 Uhr; Ort: Am Felde 2

Montag, 16.2.2009

Mitgliederversammlung DIE LINKE.Altona

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Am Felde 2

Samstag, 21.2.2009

»Wir zahlen nicht für Eure Krise«

Konferenz von Landesvorstand und Bürgerschaftsfraktion
Ort: Rathaus

Donnerstag, 26.2.2009

Bezirksversammlung Altona

Zeit: 18.00 Uhr; Ort: Altonaer Rathaus

Stadtteilgruppen

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Nächstes Treffen: 9.2.

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: bitte erfragen

Kontakt: Werner Haertel, Tel.: 040/2005467

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Nächstes Treffen: 27.1.

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Parteibüro, Am Felde 2

Kontakt: Stefan Ziefle, Tel.: 040-3861 25 42

Marcel Bois, Tel.: 040-43 27 28 61

Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Nächstes Treffen: 21.1.

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: »Mokka«-Café, Bahrenfelder Chausse 29/
Ecke Mendelsohnstraße

Kontakt: Horst Schneider, Tel.: 040-890 25 87

Karsten Strasser, Tel.: 040-390 85 55

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf/Iserbrook

Nächstes Treffen: bitte erfragen

Zeit: 19.30 Uhr ; Ort: Stadtteilhaus Lurup, Böverstland 38

Kontakt: Susanne David, Tel.: 040-560 57 26

Dirk Kölsche, Tel.: 040-28 78 16 72

Stadtteilgruppe Ottensen

Nächstes Treffen: 9.2.

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Parteibüro, Am Felde 2

Kontakt: Beate Reiss, Tel: 040/396386